

05.04.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen „Tihange abschalten – Brennelementlieferungen stoppen“ (Drucksache 16/14750)

Tihange abschalten – Falsches Doppelspiel der SPD im Bund und in Nordrhein-Westfalen beenden: Brennelementlieferungen stoppen und Jülicher Atomkugeln sicher lagern

I. Sachstand

Vergangene Woche ist bekannt geworden, dass der Weiterbetrieb des umstrittenen belgischen Atomkraftwerks Tihange 2 durch Lieferungen aus der Brennelemente-Fabrik ANF in Lingen (Niedersachsen) gesichert wird. Laut Westdeutschem Rundfunk schickte ANF zwischen Mitte Juni 2016 und Mitte März 2017 mit Schwertransportern insgesamt 68 Brennelemente zum belgischen AKW im Grenzgebiet.

Bereits mit dem Beschluss „Tihange abschalten“ (Drs. 16/13612) vom 1. Dezember 2016 haben alle Fraktionen des Landtags die Abschaltung des Risiko-Reaktors gefordert. Hieran hält der Landtag nach wie vor fest. Zugleich muss ein Stopp der Brennelementelieferungen nach Tihange durch das SPD-geführte Bundesumweltministerium erfolgen.

Hierzu müsste Bundesumweltministerin Hendricks allerdings ihr – von Rot-Grün im Eilantrag (Drs. 16/14750) verschwiegenes – falsches Doppelspiel beenden: Im April 2016 forderte die Bundesumweltministerin, Tihange vom Netz zu nehmen. Dennoch genehmigte das ihrem Haus unterstehende Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) im Juni 2016 Brennelementelieferungen nach Tihange, obwohl die Versagung der Genehmigung aus Sicherheitsgründen nach der von Umweltminister Johannes Remmel öffentlich vertretenen Auffassung ohne weiteres rechtlich möglich wäre. Wer einem Brandstifter das Feuer legen verbietet und ihm gleichzeitig den Brandbeschleuniger liefert, spielt ein falsches Spiel. Die SPD

Datum des Originals: 05.04.2017/Ausgegeben: 05.04.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

im Bund ist aufgefordert, dieses zu beenden und dafür Sorge zu tragen, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens gewährleistet ist.

Die rot-grüne Landesregierung macht es der Bundesumweltministerin gleich: Einerseits fordert Umweltminister Rimmel die Bundesumweltministerin wortreich zum Handeln auf. Bei den im Forschungszentrum Jülich, dessen Mitgesellschafter das Land ist, gelagerten Brennelementkugeln verhindert sie andererseits eine sachgerechte Lagerung und nimmt Risiken für die Bevölkerung billigend in Kauf. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 8. März 2017 hat der Wirtschaftsminister sich aus der Verantwortung für die in Jülich gelagerten Atomkugeln gestohlen und diese ausschließlich auf die Entsorgungsgesellschaft des Forschungszentrums abgewälzt. Per Brief hat er – eigenen Aussagen im Wirtschaftsausschuss zufolge – das Unternehmen aufgefordert, „ohne schuldhaftes Verzögern“ für die sichere Lagerung zu sorgen. Darüber hinaus habe das Land keine Möglichkeit, in dieser Angelegenheit weiteres zu tun. Ein Transport der Atomkugeln sei zurzeit aus sicherheitstechnischen Gründen nicht möglich, so der Wirtschaftsminister weiter. Nur aus Koalitions-Raison und aus Angst vor Protesten gegen Atomtransporte setzt die Landesregierung damit die Bevölkerung einem erheblichen Risiko aus.

Das Verhalten der Landesregierung steht in krassem Widerspruch zu ihrer Kritik am Weiterbetrieb des belgischen Atomkraftwerks Tihange und der Verteilung von Jodtabletten an die nordrhein-westfälische Bevölkerung. Man kann nicht einerseits den belgischen Behörden und der Bundesumweltministerin in Sachen Atomsicherheitsrisiko den Spiegel vorhalten und andererseits als Mitgesellschafter des Forschungszentrums den eigenen Atommüll über Jahre technisch unsicher lagern. Das ist höchst unverantwortlich. Die Landesregierung muss endlich ihrer Verantwortung nachkommen und darf eine sichere Lagerung der Jülicher Atomkugeln nicht länger verhindern.

II. Beschluss

1. Der Landtag bekräftigt die in seinem Beschluss vom 1. Dezember 2016 „Tihange abschalten“ (Drs. 16/13612) gefassten Forderungen.
2. Der Landtag fordert die Bundesumweltministerin auf, bereits erteilte Genehmigungen für die Lieferung von Brennelementen für die Atomkraftwerke Tihange und Doel nach Belgien zurückzunehmen und sich für eine endgültige Stilllegung des Atomreaktors Tihange einzusetzen.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung für einen dauerhaften Stopp der Brennelementelieferungen nach Tihange und Doel unter Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten einzusetzen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, endlich ihrer Verantwortung nachzukommen und für eine sichere Lagerung der Jülicher Atomkugeln zu sorgen.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Josef Hovenjürgen

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Dietmar Brockes

und Fraktion